

BESCHLUSS

der Sitzung des Rates

vom Donnerstag, den 27.05.2021 um 18:00 Uhr

Zu Punkt 5) der Tagesordnung

85/2021

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie "Offener Brief – Moria" der Parteien „Die Linke“ und „Die PARTEI“

Bürgermeister Dumcke verweist zum o.a. Sachverhalt auf die Erörterungen in den Sitzungen des Sozial- und Gleichstellungsausschusses am 06.05. und des Hauptausschusses am 11.05. d. J. In der Sitzung des Hauptausschusses sei es aufgrund weiteren Beratungsbedarfs der SPD-Fraktion zu keiner Beschlussfassung gekommen. Bei dem dort stattgefundenen ersten Austausch zu dem Thema sei deutlich geworden, dass teilweise sehr unterschiedliche Sichtweisen bestehen. In der heutigen Sitzung sei über die Angelegenheit final zu beraten und zu beschließen.

In dem sich anschließenden Meinungs Austausch trägt Ratsfrau Schröder vor, dass der Antrag ihrer Fraktion heute zum zweiten Mal auf der Tagesordnung des Rates stehe. Sie betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer noch voller Überzeugung hinter dem Antrag stehe. Frau Schröder geht sodann in ihrem Vortrag detailliert auf verschiedene Kriterien ein. Sie führt u.a. aus, dass Spenge für viele Flüchtlinge, die im Jahr 2015 in unsere Stadt gekommen seien, ein „sicherer Hafen“ sei. Auch der mehrfach gemachten Aussage, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag nur um Symbolpolitik handele, könne sie nicht ganz widersprechen. Dadurch könne der Druck auf Bund und Land erhöht werden.

Ratsherr Meyer geht anhand des vorliegenden Berichts der Fachkommission Fluchtursachen näher auf die Fluchtgründe wie beispielsweise Krieg, Verfolgung, Hunger, Corona, Klimawandel, etc. ein. Er schildert, dass sich aktuell ca. 80 Mio. Menschen auf der Flucht befinden. Davon werden 20 Mio. der Fluchtursache „Klimawandel“ zugeordnet. Wenn nicht Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umgesetzt würden, würde die Zahl der Klimaflüchtlinge in 20 Jahren 150 Mio. betragen. Antworten auf die Probleme liegen seitens der EU-Staaten nicht vor. Herr Meyer führt des Weiteren aus, dass der Antrag in der SPD-Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Man sei gemeinsam zu dem Schluss gekommen, dass die Migrationspolitik große Mängel offenbare. Es bestehe nach wie vor Einigkeit darüber, dass alle Flüchtlinge weiterhin betreut werden sollen. Zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konnte jedoch keine gemeinsame Sichtweise hergestellt werden, so dass diese jedem Fraktionsmitglied überlassen bleibt.

Ratsherr Kinnius verdeutlicht, dass die Menschen in Spenge, aber auch die Verwaltung jeden Tag beweisen, dass allen hier Ankommenden eine Chance geboten werde.

Ratsherr Hartwig zeigt auf, dass der Wunsch zu helfen aufgrund der furchtbaren Zustände der Lager am Mittelmeer nachvollziehbar sei. Der vorliegende Antrag ist und bleibe jedoch ein symbolischer Akt. Die Aufgabenverteilung in unserem Land sei so gegliedert, dass es sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen um eine Bundesangelegenheit handele. Die Aufgabe der Kommunen sei, die Menschen bestmöglich mit Wohnraum, Integration und allem, was dazu gehört, zu versorgen.

Herr Hartwig erläutert des Weiteren, dass die Thematik seitens der CDU-Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Es gehe nicht darum, dass man den Flüchtlingen nicht helfen wolle. Die Fraktion werde dem Antrag in der vorliegenden Form jedoch nicht zustimmen.

Ratsherr Kalla betont, dass Flüchtlingspolitik nicht Angelegenheit der Kommunen, sondern des Bundes sei. Er verstehe die Intention und den Prolog des Antrages. Die anderen aufgeführten Punkte könne er nicht unterstützen. Dass Flüchtlinge in Spenge willkommen geheißen werden, haben Rat, Verwaltung und zahlreiche Bürger*innen längst bewiesen. Eine Willkommenskultur sei in Spenge in den vergangenen Jahren geübt worden. Nach seiner Ansicht habe der Antrag eher einen symbolischen Charakter.

Des Weiteren seien die beantragten 60.000,00 € evtl. nicht auskömmlich. Nur mit Mühe und Not ist in Spenge in den nächsten Jahren ein Haushaltsausgleich möglich.

Ratsherr Kalla stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu.

Ratsfrau Schröder schlägt eine Einzelabstimmung über die jeweiligen Punkte vor.

Ratsherr Vitanos legt dar, dass die geführte Diskussion in der letzten Hauptausschusssitzung die Unmenschlichste während seiner Ratsmitgliedschaft gewesen sei. Symbolpolitik könne, wenn man es will, viel erreichen.

Ratsherr Steinkühler geht in seinen Ausführungen auf nach seiner Auffassung gemachte rassistische Äußerungen anderer Ratsmitglieder ein.

Bürgermeister Dumcke weist entschieden darauf hin, dass die Wortwahl gut zu überlegen sei. In diesem Gremium sei man weit davon entfernt, rassistisch zu sein. Derartige Vorwürfe dürften nicht in den Raum gestellt werden.

Ratsherr Hübers beantragt sodann, über den vorliegenden Antrag in Gänze abzustimmen.

Der Rat beschließt den als Anlage zum Originalprotokoll beigefügten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie „Offener Brief – Moria“ der Parteien „Die Linke“ und „DIE PARTEI“.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen.